



Wie sich ein CO₂-Preis mit Klimadividende umsetzen lässt

Ein CO₂-Preis schützt das Klima effektiv und unbürokratisch. Um dabei die soziale Gerechtigkeit zu wahren und die Akzeptanz zu stärken, sollten die Einnahmen aus dem CO₂-Preis als Pro-Kopf-Ausschüttung an alle Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Die Umsetzung einer solchen Auszahlung wäre binnen weniger Monate möglich und nur mit geringen Verwaltungskosten verbunden.

Gut für das Klima und die soziale Gerechtigkeit

Seit Anfang 2021 wird auf fast alle CO₂-Emissionen in Deutschland ein Preis erhoben – teils im EU-Emissionshandel (EU ETS) und teils im nationalen Emissionshandelssystem für Verkehr und Wärme (nEHS). Durch die 2020 und 2021 verschärften europäischen und deutschen Klimaziele für 2030 könnte der CO₂-Preis noch in diesem Jahrzehnt auf weit über 100 Euro je Tonne steigen¹. Damit stellt sich die Frage, wie sich soziale Härten vermeiden lassen und wie die Akzeptanz in der Bevölkerung gewahrt werden kann.

Für sich genommen belastet ein CO₂-Preis ärmere Menschen, gemessen an ihrem Einkommen, überproportional stark. Kombiniert man den CO₂-Preis jedoch mit einer Pro-Kopf-Rückerstattung als Klimadividende oder Klimageld, kehrt sich die Verteilungswirkung um. Das Mercator Research Institute² hat nachgewiesen, dass das **Klimageld sozial gerechter ist als eine Senkung der EEG-Umlage und eine höhere Pendlerpauschale**. Das gilt sogar für besonders betroffene Haushalte in ländlichen Gebieten, Fernpendler und Haushalte mit Ölheizung.

Umsetzung des Klimageldes wäre schnell und kosteneffizient möglich

Laut einer Machbarkeitsstudie im Auftrag der Klima-Allianz³ ließe sich das Klimageld **in etwa neun Monaten** nach Verabschiedung eines entsprechenden Bundesgesetzes umsetzen. Die **jährlichen Verwaltungskosten lägen im einstelligen Millionenbereich**. Das ist weniger als ein Promille der 11-15 Milliarden Euro, die Deutschland 2025 durch den nationalen CO₂-Preis einnehmen wird.

Die Studie schlägt die Einrichtung eines digitalen „Klimaprämienregisters“ beim **Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)** vor, das auf Grundlage der Steuer-ID fast alle Empfangsberechtigten erfasst. Ausgezahlt würde die Prämie gemeinsam mit anderen, bereits bestehenden Zahlungen des Staats an die BürgerInnen. Konkret nennt die Studie vier Auszahlungswege:

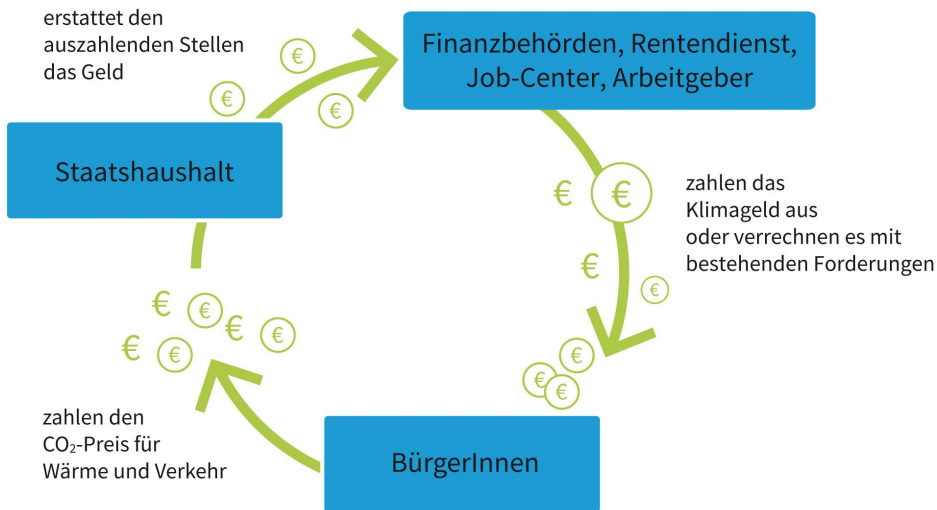
- die monatliche Lohnsteuerabrechnung für abhängig Beschäftigte (über den Arbeitgeber),
- die monatliche Rentenüberweisung für RentnerInnen (über den Rentendienst der Deutschen Post)
- die monatliche Auszahlung der Grundsicherung (über die Job-Center)
- Verrechnung mit der Einkommenssteuer für alle übrigen Einkommensbezieher (über das Finanzamt).

¹ Vgl. Prognos AG u.a.: Energiewirtschaftliche Projektionen und Folgeabschätzungen 2030/2050 S.46-47.

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/klimagutachten.pdf?__blob=publicationFile&v=8

² z.B. Mercator Research Institute: CO₂-Bepreisung: Mehr Klimaschutz mit mehr Gerechtigkeit, https://bit.ly/mcc_berlin

³ Prof. Dr. Gisela Färber/Prof Dr. Joachim Wieland: Rechtliche und verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten zur Umsetzung einer Klimaprämie, <https://www.klima-allianz.de/publikationen/publikation/machbarkeitsstudie-klimapraemie>

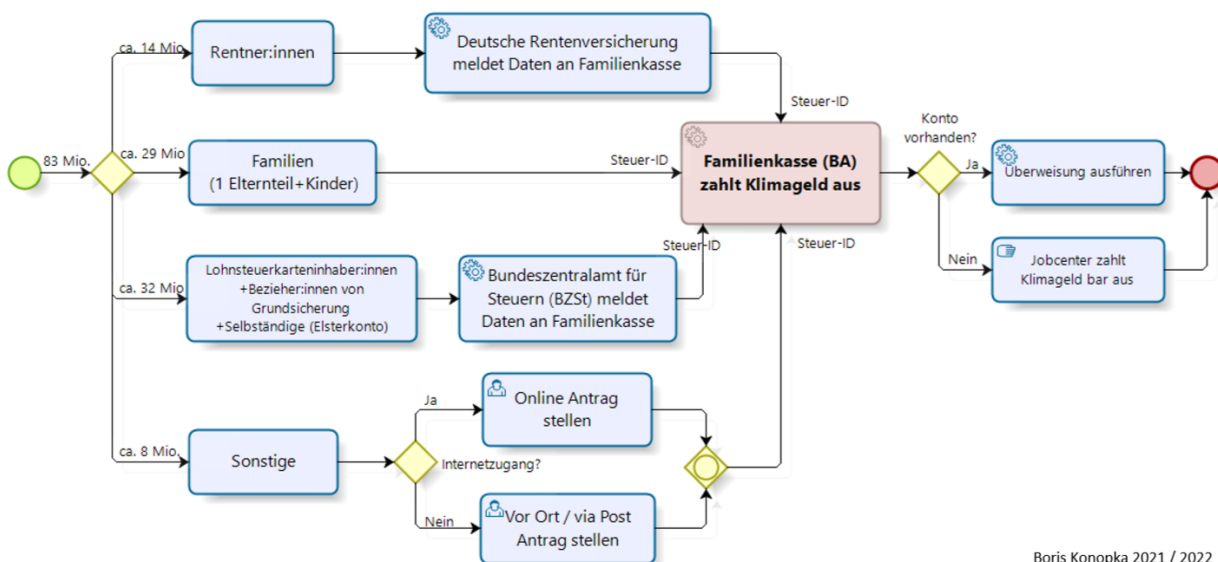


Option 1: Auszahlung des Klimageldes nach dem Modell der Klima-Allianz

Alternative: Auszahlung über die Familienkassen

Alternativ ließe sich das Klimageld kosteneffizient über die **Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit (BA)** auszahlen.⁴ Auch bei dieser Variante würde aufbauend auf der Steuer-ID ein zentrales Register aller Empfangsberechtigten geschaffen. Dieses wäre jedoch bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelt. Vorteile dieser Lösung: Alle Auszahlungen laufen gebündelt über eine einzige Behörde, die auch über die erforderliche IT-Infrastruktur verfügt. Die Zahlungen könnten als separate Überweisungen erfolgen, was die Sichtbarkeit des Klimageldes erhöht.

Um eine lückenlose Erfassung aller BürgerInnen sicherzustellen, müssten die Deutsche Rentenversicherung, die Jobcenter und das Bundesamt für Steuern ihre Datenbestände an die BA melden. Weitere rund 8 Millionen BürgerInnen müssten einen Antrag auf Auszahlung stellen, da sie bisher bei keiner der drei Stellen namentlich erfasst sind.



Boris Konopka 2021 / 2022

Option 2: Auszahlung des Klimageldes über die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

⁴ Boris Konopka: Klimageld in Deutschland. Schnelle, kostengünstige und transparente Auszahlung über die Familienkasse (BA), März 2022, <https://klimablog.org/2022/03/28/klimageld-in-deutschland/>